



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessischer Landtag
Postfach 32 40
65022 Wiesbaden

Geschäftsführer Herr Dr. Rauber
Abteilung 1.3
Unser Zeichen wg/eb

Telefon 06108 6001-4 4
Telefax 06108 6001-5 7
E-Mail hsgb@hsgb.de

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom
Datum 24.11.2022

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen – Drucksache 20/8771

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit, zu dem in Rede stehenden Gesetzesentwurf Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen. Wir lehnen den Entwurf ab. Die Befugnis zur Erhebung von Abgaben und damit auch von Beiträgen ist ein zentrales Element der Garantie der kommunalen Selbstverwaltung. Sie verbürgt u.a. die Abgabenhöhe, d.h. das Recht, die Einwohner aus eigenem Recht zu den aus der Aufgabenerfüllung resultierenden Lasten heranzuziehen. Eine Abschaffung dieser Befugnis kann daher nur bei vollständigem Kostenausgleich zu Gunsten aller Städte und Gemeinden in Betracht kommen. Dieser Ausgleich müsste in qualitativer Hinsicht zudem auch denselben Grad an Autonomie für die Städte und Gemeinden beinhalten wie die Beiträge als eigengestaltbare Einnahmequelle, d.h. mit Rechtsanspruch auf Zahlung und jederzeitige Verfügbarkeit nach den Prioritäten der jeweiligen Stadt oder Gemeinde.

**Hessischer Städte- und
Gemeindebund e.V.**
Henri-Dunant-Str. 13
D-63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-0
Telefax 06108 6001-57

BANKVERBINDUNG
Sparkasse Langen-Seligenstadt
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31
BIC: HELADEF1SL

Steuernummer: 035 224 14038

PRÄSIDENT
Matthias Baaß
ERSTER VIZEPRÄSIDENT
Markus Röder
VIZEPRÄSIDENT
Thomas Scholz

GESCHÄFTSFÜHRER
Harald Semler
Johannes Heger
Dr. David Rauber



Das System der Erhebung von Straßenbeiträgen hat in Hessen bislang zu keinen gravierenden Ungerechtigkeiten geführt, insbesondere auch nicht durch die 2013 eröffnete Möglichkeit der Erhebung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen. Das System der Straßenbeitragserhebung ist verfassungsgemäß, wie zuletzt durch das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil 21.06.2018 festgestellt wurde.

Sollte es in Einzelfällen zu Härtefällen kommen, sieht das Hessische Kommunalabgabengesetz (§ 11 Abs. 12 KAG) sowie die Abgabenordnung ausreichende Instrumente (Erlass, Stundung) vor, um diesen zu begegnen.

Soweit von einzelnen Kommunen die Auffassung vertreten wird, die Erhebung von Straßenbeiträgen sei für sie unwirtschaftlich oder rechtlich unsicher, steht ihnen nach der jetzigen Rechtslage schon die Möglichkeit offen, auf die Erhebung von Straßenbeiträgen zu verzichten. Daher ist kein Grund ersichtlich, die Erhebung von Straßenbeiträgen durch gesetzliche Vorgaben zu untersagen.

Aus unserer Beratungspraxis heraus ergibt sich, dass die Kommunen hinsichtlich der Gewährung von Billigkeitsmaßnahmen in sozialen Härtefällen angemessen und helfend reagieren. Es ist uns kein Fall bekannt geworden, in dem die Grundstückseigentümer(innen) aufgrund der Erhebung von Straßenbeiträgen das eigengenutzte Grundstück zwangsveräußern mussten.

Aus den obengenannten Gründen sind wir der Auffassung, dass die gänzliche Abschaffung der Möglichkeit der Straßenbeitragserhebung ein gesetzgeberischer Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und Finanzierungshoheit darstellt, der nicht gerechtfertigt ist.

Es steht zu befürchten, dass durch die Abschaffung der Möglichkeit der Straßenbeitragserhebung auch Folgewirkungen auf andere Einnahmehbeschaffungsarten

nicht auszuschließen sind, so insbesondere durch eine erhebliche Erhöhung der Grundsteuer, die letztlich auch Mieterinnen und Mieter belasten.

Bei einer Abschaffung der Straßenbeiträge werden die Interessen der Altanlieger nicht berücksichtigt. Diese haben in der Vergangenheit durch ihre geleisteten Straßenbeiträge zur Finanzierung und Erhaltung der gemeindlichen Verkehrsanlagen beigetragen und dürfen erwarten, dass auch andere Grundstückseigentümer in der Zukunft ebenfalls zur Finanzierung dieser Anlagen beitragen werden.

Sollte die grundsätzliche Abschaffung der Straßenbeiträge seitens des Landes beabsichtigt sein, so hat das Land um eine einvernehmliche Lösung zu ermöglichen, die entstehenden Ausfälle **aus eigenen außerhalb des KfA aufgebrachten Mitteln** vollständig ausgleichen.

Der Gesetzesentwurf entspricht dieser Forderung nicht.

Der **Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE**, der explizit darauf hinweist, dass in dem neu anzufügenden § 45 a) FAG ein Sonderausgleichsfonds geschaffen wird, birgt das Risiko, dass die Finanzausgleichsmasse nicht dauerhaft erhöht wird. Zwar sieht der Gesetzentwurf vor, dass das Land Hessen jährlich den Sonderausgleichsfonds zu bestücken hat. Indes findet sich diese Regelung nicht bei den Regelungen zur Bemessung der Finanzausgleichsmasse, sondern lediglich zur Mittelverteilung, so dass hier die Gefahr der Minderung der Schlüsselmasse besteht. Dies geht in erster Linie zu Lasten der kreisangehörigen Gemeinden und Städte, die wegen geringerer eigener Steuereinnahmen stark auf Schlüsselzuweisungen angewiesen sind.

Pauschalierte Erstattungen über den KfA können aus Sicht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes kein adäquater Ersatz für die Erhebung von Straßenbeiträgen vor Ort sein. Eine jährlich pauschalierte Zuweisung von Finanzmitteln nach

Straßenlängen berücksichtigt den jeweiligen Ausbaubedarf vor Ort nicht. Die pauschalierten Zuwendungen führen im Extremfall dazu, dass Kommunen, die im Ausgleichsjahr keine beitragsfähigen Straßenbaumaßnahmen durchführen, Mittel bekommen und gleichzeitig andere Kommunen deutlich zu niedrige Zuweisungen erhalten oder dass insgesamt nicht annähernd genügend pauschalierte Mittel bereitstehen, um die durch den Wegfall der Straßenbeiträge entstehende Deckungslücke aufzufüllen. Demgegenüber ist die Erhebung von Straßenbeiträgen vor Ort unmittelbar mit den konkreten Maßnahmen und Kosten verknüpft und sichert eine zeitnahe Gegenfinanzierung für die jeweilige Kommune.

Unklar erscheint, wie das Land mit dem Fall umgehen soll, dass die Kommunen im Ausgleichsjahr mehr erstattungsfähige Straßenbaumaßnahmen durchführen, als im Sonderausgleichsfonds Mittel zur Verfügung stehen. Es ist ferner nicht sachgerecht, bei der Bezugsberechtigung aus dem Sonderausgleichsfonds zunächst die abundanten Kommunen auszunehmen. Die Abschaffung der Straßenbeiträge nach Artikel 2 des Gesetzentwurfs trifft auch die abundanten Kommunen unmittelbar und entzieht ihnen sofort und unabhängig von ihrer Haushaltslage ein konkretes Gegenfinanzierungselement. Entzieht der Gesetzgeber den Kommunen die Möglichkeit der konkreten Einnahmehbeschaffung und beschneidet damit den kommunalpolitischen Entscheidungsspielraum, hat er die Gegenfinanzierung für alle Kommunen zeitgleich mit dem Wegfall des Finanzierungselements sicherzustellen. Eine Ausnahme für abundante Kommunen ist nicht angezeigt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rauber
Geschäftsführer